

„Müssen die Lehren ziehen aus Fukushima“

Bundestagsabgeordnete sagen Ja zu Atomausstieg – Kritische CSU-Stimmen zum Tempo

Straubing/Berlin. Am Donnerstag berät der Bundestag über den Atomausstieg und die Energiewende. Sieben Gesetzentwürfe zum Thema Energiewende stehen zur Debatte, vielfach laufen noch die fraktionsinternen Abstimmungen. In einem Punkt aber haben die Abgeordneten in Niederbayern und der Oberpfalz bereits eine klare Meinung: beim Atomausstieg. Die meisten werden ihm wohl zustimmen. Möglicherweise aber nicht alle; aus den Reihen der CSU gibt es Kritik am Ausstiegs-Tempo. Argument: Es mache keinen Sinn, deutsche Kernkraftwerke abzuschalten und dann Atomstrom aus Tschechien oder Frankreich zu importieren.

So sagte MdB Max Straubinger (CSU, Dingolfing) gestern im Bayerischen Rundfunk, er sei gegen die Pläne von Bundeskanzlerin Merkel. Sonnen- und Windenergie seien zu „volatil“ und ersetzen nicht die Grundlast. Auch die Parteikollegen Ernst Hinsken (Straubing) und Barthl Kalb (Deggendorf) sehen das Vorhaben kritisch. Wie Straubinger befürchten sie bei einem schnellen Atomausstieg einen Stromimport aus umstrittenen Atomkraftwerken wie dem grenznahen Temelin. Die Pläne seien „überstürzt und mit zu heißer Nadel gestrickt“, sagte Hinsken.

Kein Atomstromimport

Straubinger, Hinsken und Kalb haben daher am Montag bei der Fraktionsabstimmung gegen den Kurs der Regierung gestimmt, ebenso wie Albert Rupprecht (CSU, Weiden). Rupprecht betonte, er sei nicht inhaltlich dagegen. Aber: „Der Umstieg muss auch gelingen.“, Der Weg dorthin müsse daher sorgfältig gewählt werden. Es sei nicht akzeptabel, Kernkraftwerke abzuschalten und dann Atomstrom aus Temelin zu importieren. Rupprecht will seine Zustimmung zu den Ausstiegsplänen davon abhängig machen, „ob das Umstiegsszenario glaubwürdig abgebildet ist“.

Wolfgang Götzer (CSU) aus Landshut, in dessen Wahlkreis der in letzter Zeit vielfach diskutierte Meiler Isar 1 liegt, wird dagegen

nach eigener Aussage dem Atomausstieg in der geplanten Form zustimmen. „Wir müssen die Lehren ziehen aus Fukushima“, betonte er. Für überflüssig hält er dagegen eine weitere Endlagersuche. Gorleben sei ausreichend.

MdB Peter Aumer (CSU, Regensburg) begrüßt die vorliegenden Gesetzentwürfe der Bundesregierung. Wichtig sei, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann – und das auch zu vernünftigen Preisen. Karl Holmeier (CSU, Cham/Schwandorf) hält einen schrittweisen Atomausstieg bis 2022 für „konsequent und richtig“. Aber auch er pocht darauf, dass Energie bezahlbar bleiben müsse.

„Vom Saulus zum Paulus“

„Zunächst einmal freuen wir uns, dass sich im schwarz-gelben Lager so viele Saulusse zum Paulus gewandelt haben“, betonte der Landesvorsitzende der SPD, MdB Florian Pronold aus Deggendorf. Er gehe davon aus, dass die SPD dem geplanten Atomausstieg zustimme. Denn letztlich werde damit nur wiederholt, was unter Rot-Grün vor über zehn Jahren schon beschlossen worden war, nämlich feste Daten für den Atomausstieg.

Auch MdB Marianne Schieder (SPD, Wernberg-Köblitz) ist „für einen konsequenten und zügigen Ausstieg aus der Atomenergie“. „Für mich kommt es jetzt darauf an, dass der Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar ist und den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht durch versteckte Klauseln in den Gesetzentwürfen behindert.“

Klar für den Atomausstieg ist auch Dr. Max Stadler (FDP, Passau), Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium. „Atomenergie war eine Übergangstechnologie. Nach dem schrecklichen Unfall in Japan muss der Ausstieg schneller als zuvor geplant durchgeführt werden“, sagte er.

Für MdB Werner Schieder (SPD, Weiden) ist das von der Bundesregierung beschlossene „Energiepaket“ das Eingeständnis, dass die Energiepolitik des Herbstes 2010 ein schwarz-gelber Irrweg war. „Für mich wird es in den anstehenden

Beratungen des Gesetzespakets darauf ankommen, dass der Atomausstieg am Ende unumkehrbar ist“, macht Werner Schieder deutlich.

„Großer Konsens möglich“

Für eine verbesserte dezentrale Energieerzeugung macht sich auch MdB Horst Meierhofer (FDP, Regensburg) stark. Grundsätzlich begrüßt er die Pläne zum Ausstiegsbeschluss. Als Vorsitzender der AG Energie habe er selbst an den Beratungen teilgenommen, sowohl in der Koalitionsarbeitsgruppe, wie auch zweimal im Kanzleramt. Meierhofer: „Ich glaube, dass durch die Beschlüsse endlich ein großer gesellschaftlicher Konsens möglich wird.“

„Wir Grüne haben eine Kernforderung nach dem sofortigen Abschalten von acht Meilern – darunter auch Isar 1 – sowie dem stufenweisen Abschalten der restlichen AKWs mit definiertem Enddatum erreicht“, kommentiert MdB Dr. Thomas Gambke (Grüne, Landshut), den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Atomausstieg. „In der jetzt beginnenden parlamentarischen Beratung müssen wir aber sicherstellen, dass der Ausstieg so wie angekündigt auch kommt, dass eine Kaltreserve nicht auf der Basis Atomkraft organisiert wird und die Suche nach einem Endlager wirklich ergebnisoffen durchgeführt wird.“

„Zu viele Schlupflöcher“

MdB Kornelia Möller (Linke, Landshut) lehnt unterdessen den Gesetzesentwurf zur Änderung des Atomgesetzes der Bundesregierung klar ab. Der Atomausstieg in der geplanten Form sei sehr einfach umkehrbar, „der Atomindustrie und ihren Vertretern im Parlament werden zu viele Schlupflöcher geboten“. Zweitens bedeute der aktuelle Entwurf, dass die Bürger „ohne Not für weitere elf Jahre dem Risiko eines Super-GAU ausgesetzt werden, denn technisch ist ein totaler Ausstieg ohne Einschränkungen bereits bis 2014 machbar, das bestätigen zahlreiche Untersuchungen“, betonte sie. Eine echte Energiewende finde nicht statt.

Mit zwei öffentlichen Anhörun-

gen des Unterausschusses am heutigen Mittwoch und mit einer Plenardebatte am Donnerstag startet der Bundestag in die Beratungen über das von Regierung und Koalition geplante Gesetzespaket, das mit dem für das Jahr 2022 avisierten Aus für die Atomkraft eine radikale Wende in der Energiepolitik markiert. Noch vor Beginn der Sommerpause sollen Parlament und Bundesrat die Reform des Atomgesetzes sowie mehrerer Begleitgesetze beschließen. -pah-